FREIBERUFLER-TICKER vom 6. November 2026

1. BFB-Demokratie Campus diskutiert bei Axel Springer über Pressefreiheit

Der Demokratie Campus des BFB hat sich am 4. November 2026 mit dem Thema Pressefreiheit befasst. Bild und das Medienhaus Axel Springer luden die Teilnehmenden dafür in die BILD-Arena im Berliner Springer-Neubau ein. Junge Gäste aus Abgeordnetenbüros verschiedener Fraktionen, aus dem Umfeld des BFB und aus dem politischen Berlin erhielten von Roman Eichinger, Ressortleiter Politik bei BILD, Einblicke in den journalistischen Alltag und besichtigen den Newsroom. Carlotta Richter, stellvertretende Social Media-Chefin bei Funke Medien, berichtete aus ihrem Arbeitsalltag und stellte anschaulich dar, wie Reaktionen heute arbeiten. Johannes Meissner stellte die Plattform „Wedium“ vor, ein neues soziales Netzwerk, das auf Transparenz, Jugendschutz und eine positive Diskussionskultur setzt. Vor wenigen Wochen wurde die Plattform auch im BFB-Podcast "Klotzki und Sigmund" präsentiert. Auch BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki ordnete in einem kurzen Impuls das Verhältnis von Demokratie, Pressefreiheit und Freien Berufen ein. Durch den Abend führte BFB-Pressesprecher Luca Samlidis. Als Ergebnis des Demokratie Campus hielten die Teilnehmenden nach einer Workshopphase fest, dass eine freie Presse auf Vertrauen und auf den Austausch zwischen Journalismus, Politik und Gesellschaft angewiesen ist und jede und jeder Einzelne zur Stärkung der Demokratie beitragen kann. Der BFB setzt das Format fort. Interessierte finden hier weitere Informationen und können sich für kommende Termine beim BFB melden.

2. AG Mittelstand im Dialog

Standorttreu und flächendeckend verankert: Für mehr politische Aufmerksamkeit und spürbare Entlastungen des Mittelstands warb die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand bei einem Parlamentarischen Frühstück am 3. November 2026 in Berlin. Die zehn Mitgliedsverbände, darunter der BFB, stellten ihren Mittelstandsmonitor 2026 vor. Dessen Befund fällt ernüchternd aus: Der wirtschaftliche Aufschwung ist im Mittelstand noch nicht angekommen. Die Verbände fordern deshalb mehr Tempo bei Strukturreformen, wettbewerbsfähige Arbeits- und Energiekosten, steuerliche Entlastungen und den Abbau unverhältnismäßiger Bürokratie. Zudem setzen sie sich für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen ein, die die Gründungsbereitschaft stärken und mehr Menschen den Weg in die Selbstständigkeit eröffnen. Entscheidend sei, dass die angekündigten Reformen tatsächlich bei den Unternehmen und Betrieben ankommen. Im Mittelpunkt des intensiven politischen Austauschs standen insbesondere die Steuerpolitik sowie der Abbau von Berichts- und Dokumentationspflichten. Gesprächspartner waren unter anderem Johannes Steiniger MdB (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Fritz Güntzler MdB (CDU), finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Frauke Heiligenstadt MdB (SPD), finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Katharina Beck MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Sprecherin für Finanzpolitik ihrer Fraktion, sowie Florian Oßner MdB (CSU), fachpolitischer Sprecher für Finanzen und Haushalt der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

3. 30 Jahre Liberaler Mittelstand – BFB beim Bundeskongress vertreten

Mit einem facettenreichen Programm aus Impulsvorträgen, Diskussionen und politischen Gesprächen feierte der Liberale Mittelstand, der FDP-nahe Unternehmerverband, am 31. Oktober 2026 im Berliner Spreespeicher sein 30-jähriges Bestehen. Im Mittelpunkt standen unter anderem Innovation, Künstliche Intelligenz, Generationengerechtigkeit, Cybersicherheit und die Zukunft des Mittelstands. Zu den Mitwirkenden gehörte auch Ralf Strehlau, Ehrenpräsident des

Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberatungen, der gemeinsam mit Dagmar Strehlau über Krisenmanagement und die Zukunft mittelständischer Unternehmen sprach. Für den BFB waren Tom-Adnan Hobe vom Deutschen Steuerberaterverband in das BFB-Gesprächsforum „Junge Freie Berufe“ entsandt und Co-Sprecher des Forums, sowie Petra Kleining aus dem BFB-Team vor Ort. Kleining diskutierte beim Mittelstandstalk »Handwerk, Gastro, Dienstleister – Erfolgreiche Zukunft zum Greifen nahe« mit Angelika Hießerich-Peter, Bundesvorsitzende des Liberalen Mittelstands, und Lars Bubnic, Geschäftsführer des Fleischerverbandes Bayern, über die Zukunft von Handwerk, Freien Berufen und Gastronomie. Moderiert wurde die Runde von Patrick Diemer. Dabei ging es auch um die Frage, wie sich mehr Menschen für Unternehmertum und Selbstständigkeit gewinnen lassen. Neben besseren politischen Rahmenbedingungen warb Kleining für mehr persönliche Unterstützung durch erfahrene Unternehmerinnen und Unternehmer. Ihr Appell: „Werden Sie Mutkomplizen! Begleiten Sie einen jungen Menschen auf seinem unternehmerischen Weg. Öffnen Sie Türen, teilen Sie Erfahrungen und lassen Sie sich von neuen Ideen inspirieren.“ Dabei stellte sie auch das Gesprächsforum „Junge Freie Berufe“ und dessen Arbeit vor.

4. Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht Ausbildungsmarktbilanz 2025/2026

Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlichte Ende vergangener Woche die Ausbildungsmarktbilanz 2025/2026. Demnach wurden den Agenturen für Arbeit vom 1. Oktober 2025 bis zum 30. September 2026 469.000 Berufsausbildungsstellen gemeldet. Dabei nahmen 447.000 Bewerberinnen und Bewerber die Ausbildungsvermittlung in Anspruch. Insgesamt lagen das gemeldete Angebot und die gemeldete Nachfrage sehr nah beieinander: Auf 100 gemeldete betriebliche Ausbildungsstellen kamen rechnerisch 99 gemeldete Bewerberinnen und Bewerber, im Vorjahr waren es noch 92 gewesen. So begannen bis Ende September 2026 179.000 Bewerberinnen und Bewerber eine Berufsausbildung, 12.000 weniger als im Vorjahr. Am 30. September 2026 waren noch 48.000 unbesetzte Ausbildungsstellen zu vermitteln. Bei den Freien Berufen waren rund 3.000 unbesetzte Ausbildungsstellen unbesetzt, dies entspricht einem Anteil von zwölf Prozent der gemeldeten Ausbildungsstellen.

5. Zahl der Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2025/2026

Wie das Statistische Bundesamt am 4. November 2026 mitteilte, besuchten im Schuljahr 2025/2026 in Deutschland rund neun Millionen Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule. Insgesamt waren 8.998.200 Kinder und Jugendliche an etwa 32.800 Schulen eingeschrieben. Weitere knapp 2,26 Millionen Schülerinnen und Schüler besuchten eine der rund 8.300 beruflichen Schulen in Deutschland. An allgemeinbildenden Schulen hatten 84 Prozent der Schülerinnen und Schüler die deutsche Staatsangehörigkeit, 16 Prozent hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit. Im selben Schuljahr wurden 811.200 Kinder eingeschult, ein Rückgang von zwei Prozent zum Vorjahr. Des Weiteren verließen 64.900 Schülerinnen und Schüler 2025 die Schule ohne einen Ersten Schulabschluss.

6. Studie: Nachhaltigkeit stärkt Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit

Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit gehen für Unternehmen Hand in Hand. Das zeigte eine am 4. November 2026 veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung und der ESCP Business School auf Grundlage einer repräsentativen Befragung von 501 Unternehmen. Unternehmen, die ihre Geschäftsmodelle stärker auf Nachhaltigkeit ausrichten, schätzten sich zugleich als wettbewerbsfähiger und widerstandsfähiger gegenüber Krisen ein. Allerdings sah sich rund die Hälfte der Unternehmen schlecht auf künftige Krisen vorbereitet. Zudem investierten 60 Prozent vorrangig in den Erhalt oder Ersatz bestehender Anlagen, während nur gut ein Viertel in Forschung, Entwicklung und Innovationen investierte. Die Studienautoren empfahlen,

Nachhaltigkeit stärker in Geschäftsmodelle zu integrieren und die Krisenvorsorge systematisch auszubauen. Bei der nachhaltigen und krisenfesten Ausrichtung von Unternehmen kommt auch den Freien Berufen eine wichtige Rolle zu – etwa in der wirtschaftlichen, steuerlichen, technischen und rechtlichen Beratung.

7. Kommunale Finanzkrise gefährdet Investitionen

Die deutschen Kommunen stecken in der schwersten Finanzkrise seit der Wiedervereinigung. Wie das ZEW Mannheim am 29. Oktober 2026 mitteilte, erreichte das Haushaltsdefizit der Gemeinden und Gemeindeverbände 2025 mit 29,4 Milliarden Euro einen neuen Höchststand. Hauptursache waren stark gestiegene Sozialausgaben. Die wachsenden finanziellen Belastungen schränken die kommunalen Handlungsspielräume zunehmend ein und gefährden Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Das ZEW warnt zudem, dass Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität bestehende Finanzierungslücken schließen könnten, statt zusätzliche Investitionen anzustoßen.

8. Digital-Gipfel 2026

Der Digital-Gipfel der Bundesregierung fand am 2. und 3. November 2026 unter dem Motto „Shaping AI: safe, sovereign, competetive“ in Berlin statt und stellte zentrale Fragen rund um die Künstliche Intelligenz (KI) in den Mittelpunkt. Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik diskutierten über KI-Anwendungen, Sicherheit, Regulierung und den Aufbau eines starken europäischen KI-Ökosystems. Der erste Veranstaltungstag stand im Zeichen des internationalen Austauschs mit Gästen aus Europa und Kanada, die gemeinsame Herausforderungen und Chancen der digitalen Transformation beleuchteten. Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung einer schnellen, sicheren und souveränen Entwicklung von KI für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Bundeskanzler Friedrich Merz unterstrich zudem, dass die Weiterentwicklung von KI konsequent an menschlichen Werten ausgerichtet sein müsse und Europa diesen Weg gemeinsam gestalten solle. Weitere Informationen finden Sie hier.

9. KI-Boom treibt Investitionen in Rechenzentren

Der Boom bei Künstlicher Intelligenz treibt den Ausbau der Rechenzentren in Deutschland voran. Wie der Digitalverband Bitkom am 3. November 2026 mitteilte, steigen die Investitionen 2026 um 57 Prozent auf den Rekordwert von 23,5 Milliarden Euro. Bis 2035 dürfte sich die Rechenzentrumskapazität nahezu verdreifachen. Dennoch wächst der Rückstand gegenüber den USA und China. Zugleich steigt der Strombedarf deutlich. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist auch für die Freien Berufe eine wichtige Voraussetzung, um KI-Anwendungen zuverlässig und sicher einsetzen zu können.

10. KI am Arbeitsplatz: Große Unterschiede bei der Nutzung

Künstliche Intelligenz spielte 2025 für viele Beschäftigte in Deutschland noch eine untergeordnete Rolle. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung am 4. November 2026 mitteilte, hatte fast die Hälfte der Beschäftigten noch keine Erfahrungen mit KI im Arbeitsalltag gesammelt. Nur rund zwölf Prozent nutzten entsprechende Anwendungen häufig. Besonders jüngere, höher qualifizierte und männliche Beschäftigte sowie Menschen in stark digitalisierten Berufen setzten KI häufiger ein. Frauen und Menschen mit geringerem Bildungsabschluss zeigten zudem weniger Interesse an einer künftigen Nutzung.

11. Arbeitskosten 2024

Wie das Statistische Bundesamt am 5. November 2026 mitteilte, waren 2024 die Arbeitskosten in Hamburg mit 49,41 Euro pro geleistete Arbeitsstunde deutschlandweit am höchsten. Auf dem zweiten Platz lag Hessen mit 47,83 Euro. Die niedrigsten Arbeitskosten verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern mit 36,40 Euro, während der Bundesdurchschnitt bei 44,32 Euro lag. Besonders hohe Kosten gab es in der Luftfahrt mit 83,78 Euro pro Stunde, während die Gastronomie mit 25,73 Euro den niedrigsten Wert aufwies. Insgesamt entfielen knapp 76 Prozent der Arbeitskosten auf Bruttoverdienste und 22,6 Prozent auf Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

PARTNER DES
BFB DKV
Deutsche Krankenversicherung
Gemeinsam für starke Freie Berufe!